

HT 2018: Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands (VGD)
Datum, Ort: 25.09.2018–28.09.2018, Münster
Bericht von: Daniel Trabalski, Forschungsbe-
reich Bergbaugeschichte, Deutsches Bergbau-
Museum Bochum

Zur Eröffnung der Sektion begrüßte CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) das Publikum zum „Münsteraner Transformationsnachmittag“ – der leider räumlich getrennt stattfinden musste. Denn während Constantin Goschler hier am Domplatz zur Frage „Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft?“ den Ball ins Feld warf, begann am 500 Meter entfernten Schlossplatz die Sektion der Kolleginnen und Kollegen der osteuropäischen Geschichte mit thematisch anschlussfähigen und sinnverwandten Beiträgen. Dem angedeuteten Verdacht des auf Grund dieser Kollision womöglich gespaltenen Publikums zum Trotz sollte die Sektion aber nicht zum Fernduell geraten. Stattdessen versprach der Fokus auf die deutsch-deutsche Umbruchszeit nach 1990 eine konzentrierte Debatte.

Denn so polarisierend wie die in jüngster Zeit wieder auffallende Debatte über die Gräben zwischen Ost und West war und ist, so ungeklärt scheinen bislang die zeitgeschichtlichen Zugänge zur Historisierung des nach wie vor (oder wieder) brandaktuellen Einigungsprozesses. Vom Hochsitz des Historikers aus versuchte Constantin Goschler daher einleitend einige der Kernbegriffe ins Visier zu nehmen, mit denen u. a. Kocka, Jarausch, Sabrow und Bösch bislang versucht haben, der noch immer aus allen sozialstatistischen Karten hervortretenden „untoten DDR“ habhaft zu werden, und formulierte die – so viel vorweg: offen gebliebene – Frage, welche Ganzheits- und Einheitsvorstellungen dem namensgebenden Begriff des Historikertags der „Gespaltenen Gesellschaft“ eigentlich gegenüberstehen. Da „das Ganze“ stets umstritten sei, sei zu fragen, welche Unter-

schiede zwischen Ost und West überhaupt thematisiert würden. Für die zeithistorische Forschung ergebe sich daraus wiederum die Frage, wie sie durch einen breiteren Quellenzugang über die bisherigen politik- und sozialwissenschaftlichen Arbeiten hinausgelangen könne, und inwieweit deren vorliegende umfassende Forschung selbst schon wieder kritischer Quellenarbeit unterzogen werden müsste.

ANDRÉ STEINER (Potsdam) interessierte sich besonders für die Akteure und Interessen im unternehmerischen Umbruchsprozess. So bot er auch gleich zu Beginn mit seinem Vortrag zum „Fall Carl Zeiss Jena“ einen teilweise kontraintuitiven Einblick gegenüber gängigen Narrativen, welche die Ausgangslage nahelegte: Durch die deutsche Teilung hatte es seit 1945 zwei Unternehmen Carl Zeiss gegeben, einmal als Kombinat am ursprünglichen Standort in Jena, ein zweites Mal als Neugründung nach Westen geflohener ehemaliger Carl-Zeiss-Mitarbeiter im baden-württembergischen Oberkochen mit eigener Stiftung in Heidenheim. Beide Unternehmen beriefen sich auf den einstigen Firmengründer und sprachen einander das Existenzrecht ab.

Durch die Wiedervereinigung 1990 schienen die beiden Unternehmen vor ihrer naturgemäßen Wiederausführung zu stehen. Doch diese sollte sich für beide Seiten als schwierig und schmerzhaft erweisen und alte Gräben vertiefen sowie neue Gräben aufreißen. Zum einen stritten die West- und die Oststiftung über Markenrechte und Kapitalansprüche, und zum anderen standen sie sich als wirtschaftliche Konkurrenten gegenüber. Außerdem schalteten sich 1991 die Landesregierungen Baden-Württembergs und Thüringens ein.

Der Thüringer Standort wies einen erheblichen Investitionsbedarf auf, der die finanziellen Möglichkeiten der unter wirtschaftlichem Druck stehenden westdeutschen Stiftung überstieg. Das Prestige des Namens Carl Zeiss erwies sich aber als wichtige Triebfeder für die Unternehmenszusammenführung. Nicht nur in Jena erwartete man die Rückkehr an den thüringischen Traditionsstandort. Auch die Treuhandanstalt drängte auf eine Beteiligung des westdeutschen Unterneh-

mens, das sich wegen seiner begrenzten eigenen Ressourcen zu einer Minimallösung für die sanierungsbedürftige Ost-Schwester entschied.

Zwar sei die Vereinigung rückblickend an sich als Erfolg zu bezeichnen. Der Fall Carl Zeiss zeige aber einerseits, dass das Standard-Narrativ übermächtiger Westkonzerne gegenüber ohnmächtigen ostdeutschen Standorten zu hinterfragen sei, und andererseits, dass der globale strukturelle und wirtschaftliche Wandel größeres Gewicht für die Unternehmensentwicklung besaß, als der deutsch-deutsche Einigungsprozess.

Einen noch genaueren Blick auf einzelne Akteure und ihre Geschichten hat sich UTA BRETSCHNEIDER (Kloster Veßra) für ihr anlaufendes Forschungsvorhaben vorgenommen, das sie in ihrem Vortrag skizzierte. Mit dem paradoxen Titel „Gescheiterte Erfolgsgeschichten?“ lag ihr Ausgangspunkt in der Ambivalenz zwischen dem gemeinhin als einer der wenigen Erfolge ostdeutscher wirtschaftlicher Transformation geltenden Privatisierung der ehemaligen Landwirtschaftlichen Produktions-Genossenschaften (LPG), und der sich auf der Mikroebene abspielenden „tiefgreifende[n] und folgenreiche[n] Krise, in der das Individuum seine Handlungsfähigkeit“ im Umbruchprozess verliere.

Entgegen der Erfolgsgeschichte solle das individuelle Handeln der Akteure unter dem Blick des Scheiterns untersucht werden. Dabei rückten Hoffnungen, Erwartungen und Handlungsmöglichkeiten in den Fokus. Denn die Einführung des westlichen Modells der Landwirtschaft scheiterte 1990. Während die Bauern zwar im Besitz des Landes blieben, gingen Maschinen und Gebäude in Genossenschaftseigentum über. Diese Transformation zu Genossenschaften verlief aber oftmals turbulent und wurde von Vorwürfen der Korruption, der Bevormundung und des Betrugs überschattet.

Hinzu kam, dass die Auflösung der LPGen einen scharfen Bruch im kollektiven arbeits- und lebensweltlichen Gefüge markierte. Neben etwa 100.000 Arbeitsplätzen fielen auch die um die LPGen bestehenden Infrastrukturen des Sozialkollektivismus der DDR weg. Die schon vor 1990 bestehenden Nachwuchsprobleme der Landwirtschaft bestanden indes

nach der Wiedervereinigung weiter. Unter jenen, die den Schritt in die Selbstständigkeit wagten, waren daher neben ehemaligen LPG-Mitgliedern („Wiedererrichter“) auch – zum Teil aus den alten Bundesländern stammende – „Neu-Errichter“, die vor Ort aber kaum präsent waren. Eine dritte zu untersuchende Gruppe sind (ehemalige) agrarpolitische Entscheidungsträger.

Aus den Erlebnissen dieser handelnden und erlebenden Menschen solle eine „Topografie der Wendeerfahrungen“ entstehen, die ein „Panorama der ländlichen Unordnung und Neu-Ordnung“ bieten soll. Das Scheitern diene hier als Sonde, um die tiefgreifenden Brucherfahrungen zu untersuchen und zu beschreiben, die von Unsicherheit, Neu-Justierung und „Überforderungs- und Möglichkeitsräumen“ geprägt seien.

CHRISTOPH LORKE (Münster) schloss hier mit einer Vermessung der semantischen Räume der „Vereinigungsgesellschaft“ und der daraus resultierenden Folgen für die zeit-historische Forschung an. Die gängigen Metaphern, die zur Beschreibung der Frühphase des wiedervereinigten Deutschlands 1990-1993 herangezogen würden, liefen Gefahr, die Ambivalenzen des Einigungsprozesses aus den Augen zu verlieren. So sei von „sozialer Revolution“, vom „sozialen Wandel im Zeitraffer“ oder von „Verwestlichung“ die Rede. Derlei „Aufholgeschichten“ vom dramatisch gewachsenen Wohlstand betrieben leicht eine „affirmative Glättung“. Aber auch der in Bezug auf die Einigungsgesellschaft oft bemühte Begriff der „sozialen Ungleichheit“ sei stark aufgeladen.

Für die Geschichtswissenschaft stelle sich hier die Frage, wie sie sich in der Historisierung des Einigungsprozesses zu diesen Begriffen verhalte. Christoph Lorke plädierte dafür, in einer Neuvermessung des ersten Jahrfünfts der Nachwendegesellschaft die Entstehungsbedingungen der durch die Debatte geisternden Kategorien zu erfragen. Gerade Ungleichheit und Armut avancierten kurz nach der Wende zum Medienereignis. Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, aber auch ganz allgemein die „neue Armut“ im Osten – von der oppositionellen PDS als den sozialen Frieden bedrohenden Spaltung beschrieben – und die „neue

Zweiklassengesellschaft“ seien Begriffe gewesen, die nicht erst 1990 auftauchten. Aber zwischen Ost und West ergaben sich in der Debatte auch neue Allianzen zwischen ostdeutschen Experten und Teilen der westdeutschen linken Sozialwissenschaften, wie bei der Forderung, erfolgreiche soziale Modelle aus der ehemaligen DDR zu übernehmen.

Dagegen konnte die DDR-Vergangenheit aber auch als „delegitimierende Ressource“ dienen, indem alte Begriffe umgedeutet und zu antikommunistischen Erklärungsschablonen für die industrielle Rückständigkeit des Ostens verkehrt wurden, wie beispielsweise das „Recht auf Arbeit“, in dem „verdeckte Arbeitslosigkeit“ erkannt wurde. Die symbolischen Hierarchisierungen und neuen Dichotomien, die die Debatten hervorbrachten, weisen überdies Parallelen zur gleichzeitigen Asyldebatte auf, in der die Bezugsdauer von Sozialleistungen ebenso Thema war wie die Unterscheidung in „Sozialschwindler“ und „wirklich Bedürftige“. Mit derlei Diskursen und Semantiken aufgeladene alte Wahrnehmungen von Einheit und Spaltung sollten nicht repliziert, sondern kritisch reflektiert werden.

Nachdem die nationale Normalisierung und das Ende der Nachkriegszeit mit dem Zusammenbruch der DDR erreicht schienen, gebe es ein neuerliches Interesse für die Zeit „nach dem Kollaps“, konstatierte MARCUS BÖICK (Bochum) in seinem Beitrag zur Treuhandanstalt. Diese sei eine besonders umstrittene und polarisierende Organisation gewesen: Während ihre Befürworter sich auf ihre Alternativlosigkeit im Transformationsprozess beriefen, sahen ihre Gegner in ihr ein „Instrument der Abwicklung und Deindustrialisierung“. Angesichts derart gegensätzlicher Deutungspole stehe die Geschichtswissenschaft in der Verantwortung, die Treuhandanstalt jenseits solcher Kategorien zu historisieren. Der Wirtschaftsumbau und der kulturelle Umbau gehörten dabei gleichermaßen zur Geschichte der Transformation.

Die Treuhandanstalt rückte erst ab Juni 1990 in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte. Denn mit den neuen Weichenstellungen und der Währungsunion, die viele Betriebe in wirtschaftliche Schieflage stieß, begann der eigentliche radikale Bruch. Durch

die ersten Abwicklungen und Privatisierungen ehemaliger volkseigener Betriebe sah sich die Organisation in einem „Tornado der Kritik“, so ihr damaliger Präsident Rohwedder. Die Treuhandanstalt avancierte gerade im Osten zur „bestgehassten Organisation“. 1994 kam die „erste heiße Phase des Ost-West-Konflikts“ mit dem Ende der Treuhandanstalt zu ihrem symbolpolitischen Abschluss. An ihrem Beispiel ließen sich zeitgenössische sowie nachwirkende Konfliktlinien untersuchen, welche die Ost-West-Dichotomie teilweise verwischen oder konterkarieren.

Die Beschäftigungsstruktur als Handlungsfeld der Umbruchgesellschaft ließ sich unterschiedlich deuten. Die Kommunikationsschwierigkeiten und Macht- und Lohnungleichgewichten erschienen einerseits wie eine Miniatur der gesamtdeutschen Verhältnisse, andererseits wurde das deutsch-deutsche Treuhandpersonal in der Binnenwahrnehmung auch als symbiotisch oder als „melting pot“ beschrieben. In den Erinnerungen blieb die Treuhandanstalt aber als ein „Symbol der Ungleichgewichte zwischen Ost und West“. Für ältere Ostdeutsche sei die Treuhandanstalt „Bad Bank“ für schlechte Erinnerungen und Erfahrungen.

Die Forschung müsse die hier skizzierten Konfliktlagen zwischen Mehrheitsgesellschaften und Minderheiten in der Transformation nicht nur stärker in die gesamtdeutsche Betrachtung einbeziehen, sondern auch als europäische und als Globalisierungsphänomene untersuchen. So ließe sich die Nachwendegeschichte historiografisch übersetzen, ohne bestehende alte Narrative zu übernehmen. Bei dieser historisierenden Einbettung könne auch eine engere Synthese von Wirtschafts- und Kulturgeschichte helfen.

Im abschließenden Kommentar warf WOLFGANG SEIBEL (Konstanz) einen kritischen Blick auf das Vorhaben des Panels. Es lägen offensichtliche Risiken darin, die Vergangenheit mit zeitgenössischen Deutungen zu verbinden. Daher müssten aber auch die methodischen und konzeptionellen Werkzeuge und Voraussetzungen erfragt werden, mit denen die soziokulturellen Deutungsmuster untersucht werden sollen. Bislang laufe der Blick auf 1990 auf eine Perspektive hinaus, die das Jahr als „Stunde

Null“ zum politischen Mythos verkläre, der eine Auseinandersetzung mit dem, was davor geschah, überflüssig mache. Dabei sei nicht nur der Zustand der ostdeutschen Wirtschaft um 1990 voraussetzungsreich gewesen und suggeriere die Frage nach seinen politischen Urhebern in der DDR und damit nach den Schlüsselakteuren jenseits der Treuhandanstalt. Auch die vehemente Forderung der ostdeutschen Bevölkerung nach der Wirtschafts- und Währungsunion und die Übernahme der DDR-Staatsschulden durch die Bundesrepublik gehörten zur Vorgeschichte des Versuchs der raschen Privatisierung der ostdeutschen Betriebe. Wolfgang Seibel forderte von der Geschichtswissenschaft zunächst stärkere empirische Arbeit ein und verwies dabei auf eine vergleichende Perspektive im Hinblick auf andere post-sozialistische Länder, in denen sich die Transformation erheblich gestreckt habe, während im wiedervereinigten Deutschland die Folgen des raschen Umbruchs in Kauf genommen und durch sozialstaatliche Leistungen abgefedert werden sollten.

Die Panel-Beiträge hätten die zeitgenössischen Paradoxien und differenziertere Konfliktslagen und Machtverhältnisse zwischen den Akteuren herausgestellt, aber auch die unübersehbaren Gegensätze zwischen Ost und West: Zum einen zeige sich die Transformation als fundamental einseitig, da sich im Osten alles, im Westen fast nichts änderte. Zum anderen offenbare sich gerade die Treuhandanstalt als institutionalisierte Form der unüberwindbaren Widersprüche und erinnere in Teilen gar an eine Kolonialverwaltung aus wohlwollenden westdeutschen Beamten und ostdeutschen Angestellten unter Kollaborationsverdacht. Mit der Öffnung der Archive stehe die Erforschung des Umbruchs nach 1990 am Anfang. Die Transformation dürfe dabei nicht durch die Brille der heutigen Geschehnisse betrachtet werden.

Die anschließende Diskussion prüfte die offenen Flanken der anlaufenden Historisierung zur Transformationszeit nach 1989/90. Neben der aufgeworfenen Frage, wie sich die empirische Forschung unmittelbar mit der diskurstheoretischen Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Deutungen verbinden lasse, lagen diese auch in der vom Panel

eingeforderten, aber noch unkonkreten räumlichen Einbettung. Diese müsse einmal darin liegen, die alte Bundesrepublik stärker in die historische Rahmung der Transformation einzubeziehen, und zweitens in der transnationalen Verschränkung, wie die Verweise auf die Rolle ausländischer Unternehmen bei der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft, auf internationale Zusammenarbeit zum Beispiel im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sowie auf post-sozialistische Vergleichsfälle nahelegten.

Am Schluss resümierte Constantin Goschler, dass die Zwänge, Möglichkeiten und Erfahrungen der ostdeutschen Transformation empirisch untersucht werden müssten, dass dabei aber weder heutige Prognosen rückprojiziert, noch alte verfestigte Deutungsmuster reproduziert werden sollten. Es sei daher Aufgabe der Historikerinnen und Historiker, die zwei zu untersuchenden Leitnarrative – die der Überwältigungserfahrung durch die „Wende“ und die der „Alternativlosigkeit“ ihrer Umsetzung – kritisch zu reflektieren.

Sektionsübersicht:

Sektionsleitung: Constantin Goschler (Bochum)

André Steiner (Potsdam): Unternehmen im Umbruch: Der Fall Carl Zeiss Jena

Uta Bretschneider (Kloster Veßra): Gescheiterte Erfolgsgeschichten? Die ostdeutsche Landwirtschaft und ihre Akteure im Prozess der Transformation

Christoph Lorke (Münster): Soziale Ungleichheit in der Vereinigungsgesellschaft: (Neu-) Vermessungen von Sozialstaatlichkeit und Gerechtigkeit

Marcus Böick (Bochum): Die Treuhandanstalt und ihr Personal. Manager und Kader zwischen Plan- und Marktwirtschaft

Wolfgang Seibel (Konstanz): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2018: Von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft? Zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Transformations- und Umbruchszeit nach 1990*. 25.09.2018–28.09.2018, Münster, in: H-Soz-Kult 09.11.2018.